

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport — am 30.08.2012 im Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Kreis Ausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder

Frau Gabriele Dehn

Frau Gabriele Schröder

Herr Felix Thier

Herr Lutz Lehmann

Herr Andreas Noack

bis 18.35 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Bert Lindner

Herr Wolfram Eiser

Verwaltung

Herr Horst Bührendt, Dezernent V

Herr Karsten Dornquast, Leiter A 40

Herr Matthias Fröhlich, SGL Schulverwaltung u. Kultur

Frau Margitta Wünsche, Sachbearbeiterin Kultur

Herr Winfried Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf

bis 17.30 Uhr

Gäste

Frau Karola Pawlack, Geschäftsführerin Kreissportbund

bis 17.20 Uhr

Herr Volker Freitag, Leiter des Marie-Curie-Gymnasiums Ludwigsfelde

Frau Simone Kläber, Leiterin der „Kastanienschule“ Jüterbog

Herr Andreas Koschwitz-Haack, amt. Leiter der „Schule am Wald“ Ludwigsfelde

Frau Milker, Vorsitzende der Schulkonferenz „Schule am Wald“ Ludwigsfelde

Frau Bäsler, Elternsprecherin u. stellv. Vorsitzende der Schulkonferenz des

Marie-Curie-Gymnasiums Ludwigsfelde

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Frau Gertraud Rocher

Sachkundige Einwohner

Herr Andreas Buch
Herr Gregor Jung

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2012
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming 4-1271/12-V
(Sportförderrichtlinie 2012)
- 5 Kulturförderung 2012 4-1295/12-V
- 6 Anfragen und Informationen aus Schulkonferenzen
- 7 Informationen zum Schuljahresbeginn 2012/13
- 8 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau von Schrötter begrüßt die Anwesenden, besonders auch die Gäste, die zum Tagesordnungspunkt 6 geladen sind, zur 23. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

Sie informiert über ein Schreiben des Vorsitzenden des Kreistags, Herrn Christoph Schulze, mit dem er auf den neu in der Kommunalverfassung geregelten Sachverhalt der Beschlussfähigkeit des Kreistages und seiner Fachausschüsse hinweist. Danach ist es nicht mehr notwendig, wie bisher übliche Praxis, zu Beginn einer Sitzung die Beschlussfähigkeit durch den

jeweiligen Vorsitzenden festzustellen. Der Kreistag oder die Ausschüsse sind auch dann beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Weiter teilt sie mit, dass ihr für die Ausschussmitglieder von der „Nelson“ Sport GmbH Luckenwalde vier Freikarten für die Ringer-Bundesliga 2012/13 zugeschickt wurden. Sie schlägt vor, die Karten im Büro des Landrates zu hinterlegen und bittet die Mitglieder des Ausschusses bei Interesse bis Freitagmittag dort anzurufen, um die Karten zu reservieren bzw. dort abzuholen. Die Mitglieder des Ausschusses erklären sich damit einverstanden.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2012

Es liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll der Sitzung vom 31.05.2012 gilt somit als angenommen.

TOP 3

Beschlusskontrolle

Herr Dornquast bezieht sich auf den Informationsbedarf der Abgeordneten zum Sachstand der Neuen Galerie. Dazu erklärt er, die Verwaltung hat zugesichert, im August einen gemeinsamen Termin in der Bücherstadt mit Herrn Borchert als Geschäftsführer und Vertretern des Vereins zu vereinbaren. Dieser Termin fand am 16.08.2012 in Anwesenheit von Herrn Bührendt, Herrn Borchert, Frau Wünsche, Frau Galley als Vertreterin des Vereins sowie seiner Person statt. Herr Dornquast schätzt das Gespräch als sehr konstruktiv ein, da die Verwaltung mit der Bücherstadt und dem Verein zu konkreten Regelungen kommen muss, wie der Betrieb der Neuen Galerie im Einvernehmen praktiziert werden soll und auch in Bezug auf Synergieeffekte. Zum nächsten Ausschuss ist der Verwaltung zugesichert worden, ganz konkrete Maßnahmen, die vom Verein und den Förderern der Bücherstadt realisiert werden können, zu benennen.

Er erläutert weiter, in der letzten Ausschusssitzung hat die Verwaltung zugesagt, die konkreten Übersichten zu Unterrichtsorten und Wohnorten der Musikschüler nachzureichen. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigelegt ebenso wie die Übersicht zum Zuschuss der Musikschulgebühren für Kinder, die im Rahmen von Bildung und Teilhabe davon partizipieren. Auch wurde ein Austauschblatt für die fehlerhafte Seite der Präsentation der Volkshochschule beigelegt.

TOP 4

Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming (Sportförderrichtlinie 2012) (4-1271/12-V)

Frau von Schrötter stellt fest, dass keine Hinweise von der Verwaltung gewünscht werden.

Herr Noack hält die Fördersumme von 20.000 € für die Bundesliga-Ringer für zu hoch, da insgesamt nur 40.000 € zur Verfügung stehen. Seiner Meinung nach haben die Ringer natürlich einen höheren Stellenwert als andere Vereine, aber sicher auch andere Möglichkeiten gefördert zu werden. Er stellt den Antrag, die Summe auf 70 % wie bei anderen Vereinen zu reduzieren und den Rest auf die kleineren Vereine aufzuteilen.

Frau von Schrötter weist darauf hin, dass der Ausschuss in dieser Sitzung eine Entscheidung treffen muss. Sie meint, wenn der Antrag behandelt werden soll, müssen konkrete Zahlen benannt werden.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter hält Herr Noack den Antrag aufrecht.

Herr Dornquast erklärt, aus der Vorlage ist ein Kontoansatz von 44.000 € zu erkennen, aber nur 40.000 € noch verfügbare Mittel. Der beschlossene Haushaltsplan verfügt über drei Kontierungen für die Sportförderung. Zum einen über das Aufwendungskonto für die Sportförderung, welches in der Vorlage auch benannt ist. Dann gibt es die Zuschüsse für die Personalkosten des Kreissportbundes mit einem Haushaltsansatz von 36.000 €. Dieses Konto ist Kernpunkt der Sportförderrichtlinie, die im letzten Jahr beschlossen wurde. Ein weiteres Konto schreibt mit dem Haushaltsbeschluss die Zuschüsse für die Ringer mit 20.000 € fest. Das ergibt einen Gesamtbetrag von 100.000 €, der in die Sportförderung hineinfließt. Er führt weiter aus, entsprechend der Sportförderrichtlinie liegt der Förderschwerpunkt zum einen in der Förderung der Geschäftsstelle des Kreissportbundes mit 70 % Personalkosten für die Geschäftsführerin und den Kosten für die halbe Stelle „Sportjugend“. Das heißt, dass in diesem Jahr lt. Beschluss des Kreistages in dem Gesamtetat von 100.000 € die Sportförderung, die Personalkosten Geschäftsführerin anteilig, die halbe Stelle Sportjugend und der Zuschuss für die Ringer enthalten sind. Für die Ringer liegt bisher noch kein Zuwendungsvertrag vor, daher ist der Beschluss des Ausschusses notwendig, um diese Mittel auszahlen zu können.

Frau von Schrötter wertet es als beachtlichen Erfolg, dass im Rahmen dieser Sportförderrichtlinie die Personalkosten für die Geschäftsführung des Kreissportbundes gesichert sind und nicht jedes Jahr neu diskutiert werden müssen.

Herr Noack zieht seinen Antrag zurück.

Der Ausschuss stimmt der Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming (Sportförderrichtlinie 2012) zu:

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

TOP 5 Kulturförderung 2012 (4-1295/12-V)

Herr Dornquast erklärt einleitend, entsprechend der Kulturförderung hatten die Antragsteller die Möglichkeit, begründete Anträge einzureichen. Diese wurden von der Verwaltung auf Vollständigkeit geprüft bzw. von Frau Wünsche auch nachverhandelt. Zu jedem Einzelantrag liegt eine Zusammenfassung vor, in der Ziel und Zweck der Veranstaltung oder des Projektes dargestellt sind sowie eine Begründung. Die vom Kreistag beschlossene und in den Haushalt eingestellte Summe für Kulturförderung über 90.000 € wird nicht in Gänze vergeben. Weiter informiert er, dass ein nachgereichter Antrag als Tischvorlage vorliegt. Nachfragen zu den Einzelanträgen können an Frau Wünsche gestellt werden.

Herr Thier bemerkt, dass die Diskrepanz beim Projekt „Schöpferisches Schmieden für Jugendliche“ zwischen der Förderung der Gemeinde und der Förderung durch den Landkreis hoch ist. Ihn interessiert, warum die finanzstarke Gemeinde Blankenfelde-Mahlow sich nicht stärker an der Förderung beteiligt.

Frau Wünsche verweist auf die Begründung des Antrages. Sie erklärt, für die Verwaltung war dieses Projekt als Jugendarbeit wichtig.

Frau von Schrötter erinnert, dass der Haushalt des Landkreises genau auf Einsparungen überprüft werden muss. Der Kreis hat eine ausgleichende Funktion, d. h. finanzschwache Kommunen sind besser zu unterstützen als finanzstarke.

Weiter stellt Herr Thier fest, dass zum Antrag Nr. 07 der Veranstalter nur 100 € öffentliche Förderung von der Gemeinde beantragt hat. Er bittet die Verwaltung, den Antragsteller beim nächsten Mal darauf hinzuweisen. Er beantragt, die Projekte einzeln abzustimmen.

Herr Lehmann meint, wo etwas beantragt wird, liegt am Antragsteller. Wenn Frau Wünsche die Anträge überprüft hat und die Förderung der Projekte durch den Landkreis der Verwaltung sinnvoll erscheint, weil sie auch Außenwirkung haben, sollte der Ausschuss darüber nicht diskutieren. Er schlägt vor, dass zukünftig vorher geklärt wird, ob und wie die jeweilige Kommune beteiligt wird.

Frau Hartfelder erinnert daran, dass in zwei Richtlinienbesprechungen eingefordert wurde, dass finanzstarke Kommunen stärker mit eingebunden werden sollen, was die Verwaltung zukünftig berücksichtigen sollte. Sie hält es für nicht vernünftig, bei den vorliegenden Anträgen noch Änderungen vorzunehmen.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter erklärt Herr Thier, dass er den Antrag auf Einzelabstimmung der Projekte zurücknimmt. Er bittet aber Frau Wünsche, die Hinweise und Empfehlungen aus dieser Sitzung zukünftig zu berücksichtigen.

Der Ausschuss stimmt der beantragten Förderung des Nachtrages „Sonderausstellung zum 200. Jahrestag der Herausgabe der Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm 1812“ zu:

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

Der Ausschuss stimmt den Förderanträgen für Kulturprojekte 2012 zu:

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

TOP 6

Anfragen und Informationen aus Schulkonferenzen

Herr Dornquast erklärt, auf der Tagesordnung stehen die beiden in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Förderschulen mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ sowie das Marie-Curie-Gymnasium Ludwigsfelde. Zusammenfassen möchte er die Situation für die beiden Förderschulen. Die Schulkonferenzen sind aufgrund der schwierigen Personalsituation in den Einrichtungen an den Landkreis als Träger herangetreten, da es möglich ist, über die Zuweisung von Lehrerwochenstunden oder Erzieherstunden entsprechend dem Schlüssel der VV-Unterrichtsorganisation seitens des Ministeriums sowie des Staatlichen Schulamtes Personal über den Träger bereit zu stellen. Mit dem Wegfall der Zivildienstleistenden an den Förderschulen tat sich eine Lücke auf, die über das Gesetz Bundesfreiwilligendienst nicht geschlossen werden konnte. Vor ca. drei Jahren konnten an einigen Schulen und Einrichtungen des Landes Kommunalkombikräfte eingestellt werden, die in den nächsten Monaten sukzessive auslaufen. Weiter berichtet er, ganz erschwerend war die Veränderung der VV-Unterrichtsorganisation mit der Reduzierung der Wochenstunden für die Schulen. Dazu wurde von der Verwaltung eine ausführliche Beantwortung der Frage der Abgeordneten Wehlan vorgenommen. Da das zuständige Staatliche Schulamt das

entsprechende Personal nur auf Grundlage der Verordnung zuweisen kann, hat die Verwaltung diese Angelegenheit als „Hilferuf“ an den Schulträger angesehen. Das Bereitstellen zusätzlicher Stellen seitens des Schulträgers ist nur durch einen politischen Beschluss möglich, den die Abgeordneten des Kreistages fassen müssen. Er weist auf den § 68 Schulgesetz hin, der zulässt, dass der Schulträger sonstiges Personal stellt. Das ist aber bislang insbesondere für den technischen und verwaltenden Bereich üblich gewesen, da die pädagogischen Kräfte vom Land zu stellen sind. Er meint aber, man muss sich den wandelnden Bedingungen stellen und weist darauf hin, dass die Schulleiter bzw. Vertreter der Schulkonferenzen anwesend sind und die Situation der Schulen erläutern können.

Nach Rückfrage an die Mitglieder des Ausschusses erteilt Frau von Schrötter den anwesenden drei Schulleitern sowie Leiterinnen der Schulkonferenzen das Rederecht.

Frau Kläber, Schulleiterin der „Kastanienschule“ Jüterbog berichtet, in den 90er Jahren gab es an den Förderschulen einen Personalschlüssel, der eine relativ optimale Entwicklung sowie Förderung der Schüler/innen möglich machte. In den letzten Jahren, speziell in diesem Jahr, ist die Tendenz aber so, dass der Personalschlüssel verringert wurde, was für ihre Schule mit 74 Kindern den Wegfall einer Lehrerstelle bedeutet. Hinzu kommen die Kürzung bei den unterstützenden Kräften sowie der Wegfall der Zivildienstleistenden. Weiter berichtet sie von den dadurch entstehenden extremen Belastungen für Pädagogen und Erzieher. Eine optimale Förderung der Kinder ist nicht mehr möglich. Ihrer Meinung nach kann es so nicht weitergehen, da kein inhaltlich gutes Unterrichten mehr möglich ist, sondern nur noch ein Betreuen. Sie meint, das kann nicht der Sinn und Zweck einer Schule sein und erinnert an den Bildungsauftrag auch für Schüler/innen mit Behinderungen.

Herr Koschwitz-Haack, amt. Leiter der „Schule am Wald“ Ludwigsfelde schließt sich den Ausführungen seiner Kollegin, Frau Kläber, an. Er weist auch noch einmal auf die enormen Belastungen der Lehrkräfte der Förderschulen hin und auf den dadurch bedingt hohen Ausfall wegen Krankheit.

Frau Milker, Vorsitzende der Schulkonferenz der „Schule am Wald“ Ludwigsfelde, Mutter eines schwerstmehrfachbehinderten Kindes, kann den pädagogischen Stand am Verhalten ihres Kindes ablesen. Ihrem Kind fällt es sehr schwer, sich an ständig wechselndes Personal zu gewöhnen. Die momentane Situation an der Schule sieht sie als sehr rückschrittlich und schade an. Diese Entwicklung macht ihr als Mutter Angst auch in Bezug auf die Lehrkräfte und Erzieher. Da sie selbst Heilpädagogin ist und somit die Situation einschätzen kann, sieht sie den dringenden Bedarf einer Regelung.

Frau von Schrötter bedankt sich für die Informationen, bezweifelt aber, dass dieser Ausschuss die richtige Stelle ist. Sie weist darauf hin, dass der Landkreis nicht die Stellenbesetzungen vornimmt.

Herr Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes, erklärt, es gibt drei verschiedene Gruppen, die an einer Schule mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ tätig sind. Eine Gruppe ist das Lehrpersonal, bei dem der Schlüssel in diesem Schulamtsbereich um 0,3 Stunden pro Schüler/in gekürzt wurde. Das bedeutet einen Einschnitt, den eine Schule nur ausgleichen kann, indem sie die Gruppenfrequenz erhöht. Die Gruppenfrequenzen der beiden in Rede stehenden Schulen liegen unter der Richtfrequenz des Landes, die neun Schüler/innen je Gruppe beträgt. Weiterhin wird das sonstige pädagogische Personal vom Land gestellt. Weiter erklärt Herr Otto, gibt es den dritten Bereich, der vom Schulträger gestellt wird. Dieser Bereich umfasst das sonstige Personal, das erzieherische, therapeutische und pflegerische Maßnahmen wahrnehmen soll. In der Vergangenheit war es so, dass in diesem Bereich viele Zivildienstleistende tätig waren und es auch andere Möglichkeiten gab, die jetzt weggebrochen sind. Problematisch ist dabei, dass die Lehrkräfte diese Tätigkeiten auch noch übernehmen müssen. In diesem Ausschuss geht es nur um diesen dritten Be-

reich. Es müssen Möglichkeiten über andere Träger oder durch den Landkreis gefunden werden. Sollten zu den beiden Bereichen in Trägerschaft des Landes Probleme bestehen, bietet er Gespräche vor Ort oder auch in Schulkonferenzen an.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter berichtet Herr Dornquast, dass im Stellenplan an den in Trägerschaft des Landkreises befindlichen Schulen bis auf technisches und verwaltendes Personal keine Stellen für sonstiges Personal ausgewiesen wurden, weil die Zivildienstleistenden im Stellenplan nicht geführt wurden.

Herr Bührendt macht darauf aufmerksam, dass zwei Dinge zu unterscheiden sind. Einmal ist es die Änderung der VV-Unterrichtsorganisation mit der Reduzierung von 7,5 h pro Schüler/in auf 7,0 h, was eine Kürzung von Seiten des Ministeriums bedeutet. Beim zweiten Punkt möchte er Herrn Otto widersprechen. Er führt aus, die VV-Unterrichtsorganisation, die bisher gültig war, sagt eindeutig, dass je 20 Schüler 1,0 Stellen sonstiges pädagogisches Personal eingesetzt wird, was mit der neuen VV-Unterrichtsorganisation vom 27.03.2012 auf 0,8 Stellen reduziert wurde. Jetzt ist offen, wie der Landkreis als Schulträger mit dem sonstigen Personal in den Schulen umgeht. Er meint weiter, der Landkreis ist nicht dafür verantwortlich, was von Seiten des Landes reduziert wird, auch wird es der Landkreis auf Dauer nicht ausfüllen können. Nach Berechnungen des Sozialamtes kostet die Betreuung im Rahmen der Eingliederungshilfe für ein schwerstbehindertes Kind pro Schultag ca. 190 €, also 3780 € im Monat, was eine enorme Belastung für den Haushalt wäre. Er fasst zusammen, es besteht dringender Entscheidungsbedarf, der umgesetzt werden muss.

Auf Nachfrage von Frau von Schrötter antwortet Herr Dornquast, in der Regel waren ein bis zwei Zivildienstleistende an den Schulen, diese wurden aber nicht im Stellenplan des Amtes geführt. Diese Möglichkeit besteht jetzt aber auch über das Bundesfreiwilligengesetz. Bisher gab es noch keine Bewerber an den Schulen.

Frau von Schrötter meint, die Zivildienstleistenden haben aus einem ganz anderen Grund Zivildienst geleistet und wurden auch völlig anders entlohnt. Sie schlägt vor, dieses Problem auch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu beraten. Auch könnte der Auftrag in die Fraktion mitgenommen werden, um zu überlegen, was ist möglich für eine Verbesserung der Situation.

Herr Thier merkt an, dass das Problem Fluktuation bei der Betreuung durch den Bundesfreiwilligendienst auch nicht gelöst wird, da diese Betreuer auch nur für eine begrenzte Zeit da sind. Als eigentliches Hauptproblem sieht er, dass der Landkreis versäumt hat, Personal einzuplanen.

Herr Dornquast stellt klar, dass Zivildienstleistende keine Einzelfallhelferfunktionen wahrnehmen konnten. Einzelfallhelfer werden vom Sozialamt gestellt, wenn ein berechtigter Anspruch besteht.

Frau Hartfelder meint, bei den Förderschulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ ist jeder Cent, der ausgegeben wird, gerechtfertigt und nach den heutigen Darstellungen noch zu wenig. Sie regt an, über die jeweiligen Parteien Einfluss auf die Abgeordneten des Landtages nehmen, da dem Landkreis die Finanzierungsgrundlage für zusätzliche Personalstellen im sonstigen pädagogischen Bereich fehlt. Sie stellt Herrn Otto die Frage, wie die Schulräte auf die Kürzungen der VV-Unterrichtsorganisation im Bereich Lehrerstellen reagiert haben.

Herr Otto erklärt, die Schulräte waren nicht einbezogen in die Erarbeitung der VV-Unterrichtsorganisation. An welchen Stellen es weitere Einschränkungen gegeben hat, wird er im nächsten Tagesordnungspunkt ausführen. Er vermutet, dass durch die haushalterische Enge versucht wurde, gleichmäßig die Kürzungen zu verteilen.

Nach dem Kenntnisstand von Herr Fröhlich ist es das erste Mal, dass die Landesräte dieser VV-Unterrichtsorganisation nicht zugestimmt haben. Weder die Landesräte noch der Landkreis können an dieser Landesregelung etwas ändern. Deshalb ist zu prüfen, was über den Sozialbereich noch machbar ist.

Frau Hartfelder ist das zu wenig. Sie sieht es als notwendig an, im Bereich sonstiges Personal Stellen einzurichten.

Frau von Schrötter bedankt sich bei den Schulleitern und der stellvertretenden Vorsitzenden der Schulkonferenz der „Schule am Wald“ und schlägt vor, das Problem auch an den Bereich Gesundheit und Soziales heranzutragen, um eine Lösung zu finden.

Frau von Schrötter bittet Herrn Dornquast um einleitende Worte zur Schulbibliothek am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde.

Herr Dornquast informiert, dass eine Kommunalkombikraft an dieser Schule den Bereich Leseförderung und Bibliothek absichert. Diese Maßnahme läuft am 14.12.2012 aus. Das Marie-Curie-Gymnasium fragt daher nach Alternativen. Seitens der Wirtschaftsförderung und des Regionalbudgets, über die die Kommunalkombistellen koordiniert wurden, wurde dem Schulträger mitgeteilt, dass eine Förderung in dieser Form nicht mehr möglich ist. Geprüft wurden andere Wege, um dieses Modell zu finanzieren, z. B. über einen Antrag an die Stiftung „Bildung und Kultur“ oder auch über den Bundesfreiwilligendienst. Er erklärt, zu den Details kann die Schule informieren.

Herr Volker Freitag, Leiter des Marie-Curie-Gymnasiums, stellt Frau Bäsler, die Elternsprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Schulkonferenz vor. Zur Problematik Schulbibliothek führt Herr Freitag aus, dass nach Anfragen an das Land immer der Hinweis kam, sich an den Schulträger zu wenden mit der Anmerkung, dass durch diesen eine Beteiligung von „Null“ erfolgt. Er führt aus, dass viele Dinge mit Hilfe des Landkreises auf den Weg gebracht wurden. Da das Marie-Curie-Gymnasium eine offene Ganztagschule ist und auch viele Fahrschüler das Gymnasium besuchen, werden Angebote bereit gehalten, wie die Schulbibliothek. Mit der Kommunalkombistelle ist eine verlässliche Kraft während der Zeit, in der die Bücher genutzt werden, da. Er erklärt, in der Konsequenz bedeutet das, wenn diese 30-Stunden-Kraft ab dem 14.12.2012 nicht mehr da ist, muss die Bibliothek geschlossen werden, da die Lehrkräfte stundenmäßig nicht mehr belastet werden können. Er wird es als Schulleiter nicht hinnehmen, es im Selbstlauf zu lassen, da er dem Landkreis gegenüber zur Werterhaltung verpflichtet ist. Er führt aus, ohne Aufsicht würden die zwölf Computerarbeitsplätze sowie die Bücher im Wert von 20.000 € erheblich an Wert verlieren.

Frau von Schrötter hält die Aussage, dass durch den Landkreis als Schulträger keine Beteiligung erfolgt, für eine völlig falsche Darstellung. Sie erinnert an die Medienoffensive sowie die interaktiven Tafeln. Ihrer Meinung nach hat der Schulträger das Marie-Curie-Gymnasium gut bedacht, wobei immer auch Eigenmittel enthalten waren.

Herr Freitag stellt klar, dass er die gute Unterstützung durch den Landkreis durchaus gewürdigt hat. Ihm geht es nicht um sonstige Kosten, sondern um Personal.

Frau von Schrötter bemängelt, dass bei der Medienoffensive nicht gleich diskutiert wurde, das Geld lieber in pädagogisches Zusatzpersonal zu investieren. Sie bedauert rückwirkend, dass solche Engpässe nie in Konkurrenz zueinander gesetzt wurden.

Herr Bührendt erklärt, dass für das sonstige pädagogische Personal lt. Schulgesetz das Staatliche Schulamt zuständig ist, für das sonstige Personal der Schulträger. Wenn das Land seine Zuweisungen kürzt, ist es für den Landkreis nicht möglich, diese Kürzungen aufzufangen. Wichtig ist es jetzt gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen.

Frau Bäsler spricht noch einmal die gute verlässliche Arbeit von Frau Rentsch, Kommalkombikraft für die Schulbibliothek, an. Sie führt aus, durch die Beschäftigung von Frau Rentsch wurde erreicht, dass die Kinder die Bibliothek jetzt sehr gut annehmen. Dieses Problem wird in jeder Elternversammlung angesprochen, weil die Eltern es auch nicht mehr hinnehmen wollen, dass viel Geld in Studien und Empfehlungen von Ministerien ausgegeben werden, die Ergebnisse an der Basis aber nicht umgesetzt werden.

Frau von Schrötter fragt, ob die Schule auch schon einmal Kontakt mit der Stadtbibliothek aufgenommen hat. Herr Freitag berichtet, dass ein Kooperationsvertrag mit der Stadt besteht, der auch regelmäßig genutzt wird. Im Gegensatz zur Stadtbibliothek befindet sich die Schulbibliothek in der Schule. Er hebt auch die Mitfinanzierung und viele Anregungen durch die Eltern hervor. So konnten zwei kleine Räume gestaltet werden, um der Leseförderung nachzukommen.

Frau Hartfelder sieht die Darstellungen als klaren „Hilferuf“. Sie schließt sich der Meinung von Herrn Freitag an, dass durch den Aufbau der Schulbibliothek große Werte geschaffen wurden und es einer Aufsicht bedarf, diese zu erhalten. Sie schlägt eine Beratung zwischen Schulträger, Schulamt, Schule sowie Ministerium vor, um Lösungen zu finden.

Frau von Schrötter regt an, dass der Förderverein gemeinsam mit dem Jobcenter nach einer Möglichkeit sucht, um diese Stelle zu finanzieren. Sie beendet diesen Tagesordnungspunkt und dankt für die Darstellung der Problematik

TOP 7 **Informationen zum Schuljahresbeginn 2012/13**

Herr Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes, gibt anhand der von ihm verteilten Unterlagen eine Übersicht über die neuen landesweiten Regelungen. Er beginnt mit der Neufassung der VV-Unterrichtsorganisation. Weiter erläutert er das Rundschreiben 1/12 zur Umsetzung des Pilotprojektes „Inklusive Grundschule“, das Wirksamwerden der GOSTV 2009 an den Gymnasien, die Neustrukturierung des Beratungs- und Unterstützungssystems (BUSS) sowie die Änderung der SprachfestFörderverordnung. Weiter führt er aus, zu den Neuerungen im Land zählen die Erarbeitung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes sowie der Aufbaustab Landes-schulagentur. Die Demografie-Kommission ist gebildet worden, um die Auswirkungen der rückgehenden Schülerzahlen nach dem Jahr 2017 entsprechend zu begleiten und dazu Hinweise zu erarbeiten.

Zu den Veränderungen im Landkreis Teltow-Fläming gehören die drei Pilotschulen, die Erhöhung des Anteils der Sonderpädagogen an allgemein bildenden Schulen, die 24 Neueinstellungen bzw. Entfristungen sowie 27 befristete Einstellungen als Vertretung. Positiv sieht Herr Otto, dass es in diesem Jahr nur 27 Umsetzungen an andere Schulen gab, im vergangenen Jahr waren es noch 34. Weiter berichtet er aber von einem sehr hohen Vertretungsbedarf. Zu Beginn des Schuljahres wurde vom Staatlichen Schulamt eine Erfassung über den Ausfall von Lehrkräften gemacht. Es wurden 40 Problemfälle gemeldet, von denen 14 ganz gelöst, 10 teilweise und an 16 noch gearbeitet werden muss. Zu denen sind aber inzwischen wieder weitere gekommen.

Herr Otto fasst zusammen, dass die Anzahl der Schulen konstant ist, auch bei den Schülerzahlen gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Die größten Unterschiede gibt es im Bereich der gymnasialen Oberstufe der Gymnasien, da der 13. Jahrgang weggefallen ist und dadurch bedingt die Schülerzahlen geringer sind. Die Schülerzahlen am OSZ gehen nach wie vor zurück, wobei sie aber am beruflichen Gymnasium steigen, was zeigt, dass dieser Bildungsgang auch notwendig war.

Da es keine Fragen oder Anmerkungen von den Mitgliedern des Ausschusses gibt, bedankt sich Frau von Schrötter bei Herrn Otto für die Ausführungen.

TOP 8
Sonstiges

Es liegen keine Themen vor.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Datum: 13.09.2012

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin